



ANGENOMMENE TEXTE

P10_TA(2026)0310

Politische Gefangene in Kuba, insbesondere der Fall von Félix Navarro und seiner Tochter SaylÍ Navarro

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 17. September 2026 zu politischen Gefangenen in Kuba, insbesondere dem Fall von Félix Navarro und seiner Tochter SaylÍ Navarro (2026/2874(RSP))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zu Kuba,
- gestützt auf Artikel 150 Absatz 5 und Artikel 136 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das kubanische Regime immer härter gegen politisch engagierte Bürger, unabhängige Journalisten, religiöse Würdenträger und deren Familien vorgeht, indem es sie systematisch unterdrückt, willkürlich inhaftiert, foltert, überwacht, schikaniert und verfolgt;
- B. in der Erwägung, dass der 72-jährige Félix Navarro, ein langjähriger bekannter Dissident, Menschenrechtsverteidiger und Gründer der Partei für Demokratie „Pedro Luis Boitel“, zu den Personen gehört, die während des sogenannten Schwarzen Frühlings 2003 verhaftet wurden; in der Erwägung, dass seine Tochter, SaylÍ Navarro, Mitbegründerin der mit dem Sacharow-Preis ausgezeichneten Organisation „Damas de Blanco“ (Damen in Weiß) war; in der Erwägung, dass sie eine neun- bzw. achtjährige Haftstrafe verbüßen, weil sie sich nach dem Schicksal der Personen erkundigten, die nach den historischen Demonstrationen vom 11. Juli 2021 festgenommen wurden;
- C. in der Erwägung, dass Félix Navarro im Januar 2025 im Rahmen einer von der katholischen Kirche vermittelten Übereinkunft auf freien Fuß gesetzt wurde, seine Freilassung jedoch im April 2025 rückgängig gemacht wurde;
- D. in der Erwägung, dass Félix Navarro, der an Diabetes und

chronischen Atemwegserkrankungen leidet, die sich durch jahrelange Haft und Misshandlung verschlimmert haben, im April 2026 von Gefängniswärtern brutal geschlagen und anschließend isoliert wurde; in der Erwägung, dass beide das Exil – als Bedingung für ihre Freilassung – abgelehnt haben;

- E. in der Erwägung, dass im August dieses Jahres 304 repressive Maßnahmen und ein neuer Höchststand von 1 339 politischen Gefangenen, darunter 155 Frauen und 38 Minderjährige, dokumentiert wurden; in der Erwägung, dass 463 dieser politischen Gefangenen an schweren körperlichen Beschwerden und 54 an schweren psychischen Störungen leiden, ihnen jedoch eine angemessene medizinische Versorgung verweigert wird;
 - F. in der Erwägung, dass das Regime systematisch Gebrauch von Zwangsexil macht und als Instrument der Unterdrückung die Trennung von der Familie androht, wobei Freilassungen davon abhängig gemacht werden, ob die betreffende Person der Ausweisung aus dem Land zustimmt;
1. verurteilt aufs Schärfste die zunehmende Unterdrückung politischer Gefangener und ihrer Familien durch das kubanische Regime und die gegen sie begangenen systematischen Menschenrechtsverletzungen;
 2. fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung von Félix Navarro, Saylí Navarro und allen anderen politischen Gefangenen;
 3. verurteilt, dass das kubanische Regime politische Gefangene foltert und sie unmenschlich und erniedrigend behandelt; weist die staatlichen Stellen auf ihre Verpflichtung hin, die körperliche Unversehrtheit der Gefangenen zu gewährleisten;
 4. ist zutiefst besorgt über den sich verschlechternden Gesundheitszustand von Félix Navarro und fordert das Regime auf, ihm und allen anderen Gefangenen unverzüglich eine angemessene und unabhängige medizinische Versorgung zu ermöglichen;
 5. bekräftigt, dass faire Gerichtsverfahren und die Unabhängigkeit der Justiz eine Notwendigkeit sind, und fordert, dass das repressive Strafgesetzbuch abgeschafft wird;
 6. verurteilt Zwangsexil als Instrument der Nötigung und fordert das Regime auf, jedem Gefangenen das Recht zu garantieren, ohne Auflagen im eigenen Land zu bleiben und dorthin zurückzukehren;
 7. bekräftigt seine Forderung, die Menschenrechtsklausel des Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zu aktivieren und das Abkommen unverzüglich auszusetzen, wenn das Regime keine konkreten und überprüfbaren Schritte hin zu einer Mehrparteiendemokratie und zur Freilassung aller politischen

Gefangenen unternimmt;

8. bekräftigt seine Forderung, im Rahmen der globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte Sanktionen gegen diejenigen zu verhängen, die für die Unterdrückung in Kuba verantwortlich sind, allen voran Miguel Díaz-Canel;
9. beauftragt seine Präsidentin, diese EntschlieÙung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, dem Rat, der Kommission und dem kubanischen Regime zu übermitteln.